Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Schriftenreihe Heft 8

Wächst zusammen, was zusammengehört?

Timothy Garton Ash

BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Mit Dokumentation:
Brandts Rede zum Mauerfall

HERAUSGEBER

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

REDAKTION

Dr. Wolfram Hoppenstedt, Dr. Bernd Rother,
Carsten Tessmer

© 2001 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Telefon 030/78 77 07-0
Telefax 030/78 77 07-50
E-Mail: info@willy-brandt.org
Internet: http://www.willy-brandt.org

GESTALTUNG

Löning Werbeagentur, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Gieselmann, Potsdam

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2001
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-07-5

Timothy Garton Ash

Wächst zusammen, was zusammengehört?

Deutschland und Europa zehn Jahre nach dem Fall der Mauer: Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin, 5.November 1999

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 8

INHALT

Willy Brandt –

Stationen seines Lebens Seite 7

Gerhard Groß

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Seite 9

Timothy Garton Ash

Wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland und Europa zehn Jahre nach dem Fall der Mauer Seite 13

Anhang:

Bernd Rother

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ –
Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten Seite 25

Dokumentation

Rede Willy Brandts am 10. November 1989
vor dem Rathaus Schöneberg zu Berlin Seite 31

Interview mit Willy Brandt,
gesendet im SFB-Hörfunk vom 10. November 1989 Seite 41

Gespräch Willy Brandts mit der Berliner Morgenpost
am 10. November 1989 Seite 45

Interview mit Willy Brandt im WDR-Hörfunk,
10. November 1989 Seite 47

AdsD FES

Wandzeitung 19/1989 der SPD, ca. Ende November 1989

WILLY BRANDT

Stationen seines Lebens

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

GERHARD GROSS

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Am 9. November 1999 jährte sich der Tag des Falls der Berliner Mauer zum 10. Mal. Aus diesem Anlass richtete die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg einen Festakt aus, bei dem der stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, Ministerpräsident a. D. Holger Börner, über 500 Gäste, darunter viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, begrüßen konnte. Festredner war der britische Historiker und Publizist Professor Timothy Garton Ash (Oxford University). Er sprach zu dem Thema „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Deutschland und Europa 10 Jahre nach dem Mauerfall".

Herr Professor Garton Ash gehört zu den scharfsinnigsten Beobachtern der politischen Entwicklung Europas vor und nach dem Ende des Kalten Krieges. Bereits seit Ende der siebziger Jahre hat er regelmäßig die Staaten des ehemaligen Ostblocks bereist und dort vielfältige Kontakte geknüpft. Ost-Berlin, Warschau, Prag und Budapest zählten zu seinen Reisezielen. In diesen Städten ist er mit bedeutenden Persönlichkeiten, darunter auch Regime-Gegnern wie Lech Walesa, Vaclav Havel, Tadeusz Masowiecki, Alexander Dubcek und Bärbel Bohley zusammengetroffen, die auf dem Weg ihrer Länder zur Demokratie eine besondere Rolle spielen sollten. Sein Vortrag vom 5. November 1999, der in dem vorliegenden Heft der Schriftenreihe der BWBS dokumentiert wird, hat weite Beachtung gefunden.

Der britische Historiker hat im Titel seines Beitrages einen der wohl berühmtesten Sätze Willy Brandts aufgenommen: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört". Ihn hat der frühere Bundeskanzler am Tag des Mauerfalls mehrfach ausgesprochen, jedoch nicht – entgegen der Erinnerung vieler Zeitzeugen – in seiner Rede am Abend des 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg. Dass diese Passage später in die gedruckte Fassung jener Rede aufgenommen worden ist, entspricht der Freiheit, die jeder Autor bei der textlichen Überarbeitung einer gesprochenen Rede für sich in Anspruch nimmt und wird im Übrigen durch den in Brandts Rede tatsächlich gesprochenen Satz besonders legitimiert: „... wir erleben, daß die Teile Europas wieder zusammenwachsen."

Zum Umgang mit überlieferten Quellen wurde diesem Heft eine vor allem für den historisch-politisch interessierten Bürger aufschlussreiche Untersuchung von Herrn

Dr. Bernd Rother zum Thema „‚Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört' – Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten" beigefügt.

Kuratorium und Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung waren sich einig, dass im vorliegenden Heft der Schriftenreihe Willy Brandts bedeutende Rede vom 10. November 1989 sowie eine Reihe von Interviews, die er am gleichen Tag gegeben hat, erstmalig im Wortlaut dokumentiert werden sollen. Dadurch wird zugleich ein Beitrag zur Genese jenes berühmten Satzes geleistet, der nicht nur zu einem geflügelten Wort, sondern gleichsam zum Leitgedanken des deutschen und europäischen Einigungsprozesses geworden ist.

Landesarchiv Berlin

Willy Brandt spricht am 16. August 1961 bei der Protestkundgebung gegen den Mauerbau

„Denen, die heute noch so schön jung sind, und denen, die nachwachsen, kann es nicht immer leichtfallen, sich die historischen Zusammenhänge, in die wir eingebettet sind, klarzumachen. Deshalb sage ich nicht nur, daß wir bis zur Überwindung der Spaltung noch einiges vor uns haben, sondern ich erinnere uns auch daran, daß die widernatürliche Spaltung – und mit welchem Zorn, aber auch mit welcher Ohnmacht habe ich hier am 16. August '61 von dieser Stelle aus dagegen angeredet – ich will sagen: auch das hat natürlich nicht erst am 13. August 1961 begonnen. Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-Regime und dem von ihm entfesselten schrecklichen Krieg. Jenem schrecklichen Krieg, der Berlin wie so viele andere deutsche und nichtdeutsche Städte in Trümmerwüsten verwandelte. Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands, in Berlin reproduziert auf mehrfache Weise. Und jetzt erleben wir, und das ist etwas Großes – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf – wir erleben, daß die Teile Europas wieder zusammenwachsen."

Willy Brandt am 10. November 1989
vor dem Rathaus Schöneberg zu Berlin

TIMOTHY GARTON ASH

Wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland und Europa zehn Jahre nach dem Fall der Mauer

Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin, 5. November 1999

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört." Gesagt wurde der berühmte Satz am 10. November 1989, vor dem Brandenburger Tor. Der Satz ist unverkennbar und urtypisch Willy Brandt. Typisch in der Prägnanz, in der ansprechenden, aber auch bewusst vagen Formulierung; in dem unterschwelligen, norddeutsch-verhaltenen und doch klaren Appell an die Gefühle.

Beim Wort „zusammengehört" denkt man gleich an „Zusammengehörigkeitsgefühl", und bei „wächst zusammen" denkt man irgendwie an Bäume oder Blumen. Als ich bei der Arbeit an meinem Buch *Im Namen Europas* die handschriftlich korrigierten Redeentwürfe Brandts chronologisch durchlas, merkte ich, wie der gelernte und auch begabte Journalist Willy Brandt sich in den sechziger und siebziger Jahren diesen einmaligen Stil allmählich angeeignet hat. Es war ein Stil, der ganz bewusst auf die komplizierten Bedürfnisse der damaligen Ost- und Deutschlandpolitik zugeschnitten war.

In der Dokumentation über die bewegten Monate im Sommer und Frühherbst des Jahres 1989 sieht man dann, wie der alte Brandt sich an diese jetzt berühmte Formulierung herantastet – hier in einem Gespräch mit Schülern für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, da sogar in einem Artikel für die Bild-Zeitung. Dabei stellt man fest, wie so oft bei solch berühmten Zitaten, dass etwas sehr Wichtiges – vielleicht sogar das Wichtigste – aus dem ursprünglichen Kontext oder den eigentlichen Absichten des Redners inzwischen fast völlig verlorengegangen ist. So ist bei Gorbatschows „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" in Vergessenheit geraten, dass er diese Worte, vor allem in den offiziellen Gesprächen mit dem Genossen Honecker und anderen, zunächst auf sich selbst und die Reformversuche in der Sowjetunion bezog. Sicherlich war das auch Höflichkeit. Ganz gewiss ging es hier indes um eine eindeutige Mahnung. Aber der Selbstbezug war auch wichtig – und gerechtfertigt. Denn Gorbatschow kam in der Tat zu spät, um sein geliebtes sowjetisches Vaterland auf dem Wege der Reform zu retten. Und er wurde dann ja auch vom Leben bestraft.

Beim Brandtschen Zitat ist das Wichtigste das, was inzwischen verlorengegangen ist: die ganz eindeutige Tatsache, dass er sich zunächst und vor allem auf die beiden Teile Europas, nicht nur jene Deutschlands, bezogen hat. In der abends von der Freitreppe des Schöneberger Rathauses gehaltenen Rede kommt das Wort vom „Zusammenwachsen" dann sogar *nur* im europäischen Kontext zur Sprache.[1] Der große alte Mann sagt: „Und jetzt erleben wir – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf – daß die Teile Europas wieder zusammenwachsen."

Doch was bedeutet dies eigentlich? Was heißt hier „zusammenwachsen"? Und was heißt „zusammengehört"? – „Aber das ist doch selbstverständlich!" würde ein späterer, nicht sozialdemokratischer Bundeskanzler wahrscheinlich an dieser Stelle ungeduldig anmerken. „‚Zusammengehört' bedeutet schlicht und einfach, dass die Deutschen in Ost und West zusammengehören!" Vielleicht hätte er recht. Mir persönlich scheint dies auch ziemlich selbstverständlich.

Doch als Zeithistoriker muss man gleich hinzufügen, dass dies vielen Deutschen in den siebziger und achtziger Jahren gar nicht mehr so selbstverständlich erschien. Die deutsche Teilung, die Zweistaatlichkeit, wurde vielerorts als Dauerzustand hingenommen. Dieses Denken war bekanntlich besonders ausgeprägt in Willy Brandts eigener Partei, gerade in den achtziger Jahren. Aber ich möchte an dieser Stelle den alten Streit über ostpolitische Intentionen und Illusionen nicht noch einmal aufwärmen. Historische Fairness gebietet es zu sagen, dass eine weitgehende Hinnahme der staatlichen Teilung keinesfalls nur in dieser einen Partei zu finden war. Die sogenannte „normative Kraft des Faktischen" ist eine gewaltige Kraft, und viele, besonders jüngere Westdeutsche hätten den Brandtschen Satz nie selbst in ihren eigenen Herzen gefunden.

Wenn aber die Zusammengehörigkeit der östlichen und westlichen Teile Deutschlands so fraglich war, wie verhielt es sich dann mit den beiden Teilen Europas? Kurz gesagt: Noch weniger selbstverständlich. Nicht nur, dass die meisten Westeuropäer im Kalten Krieg „mit dem Rücken zur Berliner Mauer" lebten, wie der ungarische Schriftsteller György Konrad es damals treffend formulierte. Kalifornien schien viel näher als Sachsen; das spanische Galicien kannte man, das polnische Galizien kaum. Doch diese Wahrnehmungsmuster des geteilten Europa von „Jalta" gründeten auf viel älteren Vorstellungen. Die immer noch verbreitete Gleichsetzung

1 *In der Redensammlung: Willy Brandt, „…was zusammengehört". Reden zu Deutschland (J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1990), S. 39, erscheint der berühmte Satz als Teil der Rede vor dem Schöneberger Rathaus. Aber er wurde dort nicht gesprochen. Er ist von Willy Brandt nachträglich in das Manuskript eingefügt worden.*

von „Europa“ mit Westeuropa oder der heutigen Europäischen Union hat geistige Wurzeln, die viel weiter zurückreichen. Selbst das Wort „Europa“ wurde ursprünglich als Nachfolgesynonym für die – wohlgemerkt – westliche Christenheit in den politischen Sprachgebrauch eingeführt. Und der amerikanische Historiker Larry Wolff hat in seinem schönen Buch *Inventing Eastern Europe* dokumentiert, wie die Philosophen der Aufklärung ein „Osteuropa“ als wildes, wenn auch faszinierendes Barbarenland – bzw. als Experimentierfeld – empfunden – oder auch erfunden – haben.

Und dann: „zusammen*wachsen*“. Was heißt das eigentlich in der Politik, einem ansonsten doch recht unorganischen Geschäft? Bei Willy Brandt hieß es in diesem Kontext wohl zweierlei. Erstens, was er selbst immer wieder betont hat (und was Egon Bahr in seiner Willy-Brandt-Vorlesung sehr eindrucksvoll herausgestellt hat), dass die Deutschen sich nur wieder zusammenfinden könnten im Laufe eines Prozesses der Zusammenführung der beiden Teile Europas: erst Europa, dann Deutschland. Zweitens, und dies war ihm immer das allerwichtigste, dass die Menschen im Osten und Westen Deutschlands wieder zusammenkommen und zusammenleben könnten – die genaue politische Form dieses Zusammenlebens rangierte hier nur an zweiter Stelle. Dieses „für den Menschen“ ist bei späteren Bonner Deutschlandpolitikern manchmal zur bürokratischen Bequemlichkeitsformel der Stabilitätspolitik degradiert worden – bei Brandt hingegen klang es immer echt. So hat er selbst später gesagt, dass für ihn persönlich der 9. November 1989 wichtiger war als der 3. Oktober 1990.

Ich selbst würde sogar noch einen Schritt weiter zurückgehen und sagen, dass der 9. Oktober – aber dann schon 1989 – noch wichtiger war – der Tag, als in Leipzig die Ostdeutschen die eigene, wohlbegründete Angst aus eigener, geistiger Kraft überwunden haben. Denn die Maueröffnung war gleichzeitig der zweifellose Höhepunkt der eigentlichen Selbstbefreiung – und der Anfang ihres Endes.

Zehn Jahre danach: Wie ist es nun gekommen, in Deutschland und in Europa? Anders, natürlich, als damals erwartet. Es kommt immer anders. Und zwar auf unterschiedliche Weise in Deutschland und in Europa. Anders als Brandt vermutlich erwartet hat, ist die politische, wirtschaftliche und sozusagen strukturelle Einigung Deutschlands viel schneller vorangeschritten als die europäische – ich meine hier die gesamteuropäische. Die beiden Teile Deutschlands sind schon fest in dieselben Strukturen eingebettet, die beiden Teile Europas nicht. Die Osterweiterung der Europäischen Union, um nur das wichtigste Beispiel zu nennen, lässt immer noch auf sich warten.

Nimmt man indes die menschliche Seite, ergibt sich ein anderes, ja ein fast genau umgekehrtes Bild. Die Menschen im Osten und Westen Europas sind sich tatsächlich viel näher gekommen – ich wage fast zu sagen, näher als je zuvor in der europäischen Geschichte. Die Menschen im Osten und Westen Deutschlands hingegen sind sich auf eine ganz eigenartige Weise fremd geblieben, sogar in mancher Hinsicht fremder geworden seit 1989.

Das ist das deutsch-europäische Paradoxon, das ich Ihnen heute Abend vorführen möchte. Manche schließen hieraus, man hätte anders verfahren müssen bei der deutschen Einigung im Jahre 1990. Natürlich kann man Fehler beim Einigungsprozess aufzählen. Aber nicht, nach meinem Dafürhalten, in den wesentlichen Momenten der strukturellen Einigung. Der sowjetische Putsch vom August 1991 zeigte, dass das außenpolitische Fenster tatsächlich nur für kurze Zeit offenstand. Und auch von den Nachbarländern in Ostmitteleuropa kam die klare Botschaft: Es gibt keinen „Dritten Weg"! (Der "Dritte Weg", von dem Tony Blair heute spricht, ist nur eine Marketingformel für eine Variante des reformierten Kapitalismus: der Thatcherismus mit menschlichem Antlitz.) Nach zehn Jahren kann man auch getrost anmerken, dass die so – durch Grundgesetz-Artikel 23 – erweiterten Strukturen der bundesdeutschen Demokratie diese Krisenprüfung gut bestanden haben. Hier, wie auch in Ostmitteleuropa, sind gute Wahlergebnisse für eine postkommunistische, aber auf dem Boden der parlamentarischen Demokratrie stehende Partei kein Gegenbeweis. Aber sie sind sicherlich ein Symptom der menschlichen Entfremdung – zwischen Gewinnern und Verlierern des Transformationsprozesses, aber – auch und gerade hier in Berlin – zwischen Ost und West.

Über diese Entfremdung zwischen den Deutschen in Ost und West – fast das genaue Gegenteil des erhofften Zusammenwachsens – ist unendlich viel in deutschen Blättern geschrieben worden. Als ob man beweisen wollte, dass trotz der „neuen Normalität" der deutschen Lage Friedrich Nietzsche doch immer noch recht behält mit seinem berühmten Diktum „Es kennzeichnet die Deutschen, daß bei ihnen die Frage ‚Was ist deutsch?' niemals ausstirbt". Neudeutsch spricht man hier ja von der „Befindlichkeit" der Deutschen. Ich hoffe, Sie werden es nicht als unhöflich empfinden, wenn ich meine, es gibt heute ein paar wichtigere Probleme in Europa als die Befindlichkeit der Deutschen.

Aber diese innerdeutsche Entfremdung bleibt trotzdem ein Faszinosum. Der Historiker Fritz Stern hat in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sehr treffend bemerkt: „Von außen sieht es manchmal so aus, als ob die Versöhnung mit anderen Nationen besser gelungen wäre als mit den

Teilen der eigenen, ehemals gespaltenen Nation.“ Woran liegt das? Ich gestehe: Wenn alle möglichen Erklärungen aufgezählt sind, finde ich es immer noch schwer zu verstehen. Sicherlich sind Antworten zu suchen in der Erfahrung und dem Verhalten beider Seiten, nicht nur einer.

Die Ostdeutschen haben eine totale Veränderung ihrer Lebenswelt erlebt – vom Staatswesen bis hin zu Milch- und Brotsorten – wie sie sonst nirgends in der postkommunistischen Welt stattgefunden hat. Ein Stück Ostalgie erscheint mir da doch verständlich. Im Gegensatz etwa zu den Polen haben sie die eigene Selbstbefreiung nicht zu Ende führen können. Sie bekamen ein sozusagen schlüsselfertiges liberaldemokratisches System geschenkt, aber auch auferlegt. Man spricht im Kontext des Sozialstaates, aber auch der westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen im Kalten Krieg, von einem psychologischen „Abhängigkeitskomplex“ – einem Komplex, der sich vor allem in einem Jammern und Klagen über den Gewährer der politischen oder materiellen Sicherheit äußert.

Trotzdem meine ich, dass in dieser Hinsicht die Hauptverantwortung bei den Westdeutschen gelegen hat. Weil sie die Stärkeren und Reicheren waren, und gerade *weil* so herzlich wenig vom System der alten DDR wirklich übernehmenswert war, hätte man doch viel mehr Taktgefühl, Einfühlungsvermögen und auch durchaus verdienten Respekt für die Lebenswege – und auch für die Leidenserfahrungen – der Ostdeutschen haben müssen. Was man aus der Erfahrung der Unfreiheit lernt, ist schwerlich in Gesetzentwürfe oder medienwirksame *soundbites* zu fassen. Aber diese Erfahrung ist deswegen noch lange nicht verachtenswert. Stattdessen aber erlebten wir so etwas wie einen Kolonialismus im eigenen Land.

Sie kennen sicherlich den alten Witz aus dem Jahre 1990: Als die Ostdeutschen in Leipzig anfingen zu skandieren „Wir sind ein Volk“, da antworteten die Westdeutschen „wir auch“. Er enthält mehr als ein Körnchen Wahrheit, und zwar vor allem eine Wahrheit über die tiefgreifende Wandlung und sozusagen innere Verwestlichung der westdeutschen Gesellschaft nach 1945. (Die Revolution wurde im Osten Deutschlands verkündet, in Wahrheit aber fand sie im Westen statt.) Fast scheint es so, als habe uns Deutschland, dessen Denker uns die Unterscheidungen zwischen Volk, Nation und Staat bewusst gemacht haben und dessen Geschichte schon etliche Kombinationen hiervon zum Vorschein gebracht hat, nun eine weitere, neue, fast unmöglich erscheinende Kombination beschert: zwei Völker in einer Nation.

Ich übertreibe hier natürlich. Aber wie lange werden diese kollektivpsychologischen Spannungen andauern? Zum Glück müssen Historiker keine Propheten sein.

(Das überlassen wir getrost der Politikwissenschaft.) Ich wage an dieser Stelle dennoch eine historisch begründete Vermutung. Ich vermute, dass dieses Phänomen überhaupt nicht – wie manchmal behauptet wird – vergleichbar ist mit der geistig-politischen Kluft zwischen dem Norden und Süden der Vereinigten Staaten von Amerika nach der gewaltsamen Vereinigung der nunmehr wirklich Vereinigten Staaten im amerikanischen Bürgerkrieg. Ich vermute vielmehr, die deutsch-deutschen Unterschiede werden, wenn Sie diese Anspielung verzeihen, viel schneller „vom Winde verweht …".

Denn die DDR war immer ein sehr künstliches Gebilde. Vierzig Jahre sind eine lange, aber auch eine kurze Zeit. Gerade im Süden der ehemaligen DDR erlebt man, wie die Freistaaten Sachsen und Thüringen relativ schnell wieder ein starkes, eigenes Selbstbewusstsein gewonnen haben. So wie überhaupt in Deutschland der Unterschied zwischen Nord und Süd zunehmend wichtiger wird – und ebenso die Ländervielfalt. Hier im Norden, in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, auch in Berlin, wird die Überwindung der Ost-West Spannung wohl länger brauchen – vielleicht eine ganze Generation. Aber ich wage doch vorauszusagen, in Abwandlung eines anderen, berühmten Wortes von Willy Brandt: Berlin wird leben, und auch die Mauer in den Köpfen wird fallen!

Nun aber zu Europa. Hier ist die menschliche Vereinigung auf wunderbar spontane Weise von unten vorangekommen. Ob die Politik es will oder nicht, mischen sich West-, Mittel- und Osteuropäer überall in Europa in einem Ausmaß wie wohl nie zuvor in der europäischen Geschichte. Auf den Skipisten in Österreich und in den Cafés von Paris können Sie Tschechisch, Ungarisch, Polnisch und Russisch neben Spanisch, Italienisch, Englisch und Deutsch hören. Ich persönlich finde es im Übrigen auch herrlich, dass das neue, imposante Berlin so weitgehend gebaut wird von polnischen, tschechischen, englischen und irischen Bauarbeitern. (Aber ich weiß natürlich, dass so manche deutsche Bauarbeiter da anderer Meinung sind). Um ein weniger kontroverses Beispiel zu nehmen: In Oxford haben wir jetzt Studenten aus ganz Europa, und slowakische oder ukrainische Studenten sind nicht nur auf den ersten, sondern auch auf den zweiten oder dritten Blick nicht zu unterscheiden von ihren französischen oder schwedischen Kommilitonen und Kommilitoninnen. Wenn sie sich dann in der Diskussion engagieren, merkt man die Unterschiede noch, aber das ist andererseits ja auch eine große Bereicherung, denn Europa hat sich immer aus der eigenen Vielfalt genährt. Hier, auf der menschlichen Ebene, ist vielleicht nicht ganz zusammengewachsen, aber doch zusammengekommen, was zusammengehört. Komischerweise scheint es fast leichter für eine Slowakin und eine Französin, einander als

Europäerinnen zu verstehen, als für einen Mecklenburger und einen Rheinländer, einander als Deutsche zu verstehen.

Aber in der europäischen Dimension, im Gegensatz zur deutschen, hinkt die Politik dem Leben weit hinterher. Bedenkt man, was alles an neuen Strukturen in Europa geschaffen wurde in den zehn Jahren nach 1945, so erscheint es doch kläglich, wie wenig – in Hinblick auf Gesamteuropa – sich verändert hat in den zehn Jahren, derer wir heute gedenken. Allein die amerikanisch geführte NATO hat sich nach Osten ausgedehnt.

Selbstverständlich liegt das zum Teil an den objektiven Schwierigkeiten. Aber ich möchte hier die – sicherlich kontroverse – These aufstellen, die ich in meinem neuesten Buch *Zeit der Freiheit* vertrete, dass dies vor allem daran liegt, dass unsere politischen Führungen in Westeuropa nach dem Ende des Kalten Krieges die falschen Prioritäten gesetzt haben. Sie hätten die historische Chance ergreifen müssen und sich gleich an die Arbeit machen sollen, um eine freiheitliche Friedensordnung für ganz Europa zu begründen. Sie hätten gleichzeitig die Gefahren erkennen müssen, die sich aus dem Zusammenbruch des Kommunismus ergeben würden. Stattdessen haben sie mit der europäischen Währungsunion und dem Programm von Maastricht eine ganz andere Priorität gesetzt: die Vervollständigung oder gar Perfektionierung des schon bestehenden und funktionierenden westeuropäischen Systems.

Ich benutze zur Veranschaulichung dieser These folgendes Bild: Wir Europäer waren wie eine Familie, die vierzig Jahre lang in einem großen, teils arg heruntergekommenen Haus gelebt hat, das in der Mitte durch eine Betonwand geteilt war. In der westlichen Hälfte hatten wir renoviert, das Dach neu eingedeckt, mehrere Trennwände durchbrochen, frisch tapeziert, die Rohre neu verlegt und die elektrischen Leitungen erneuert; unterdessen wurde die östliche Seite des Hauses gefährlich baufällig. Dann fiel die Mauer, und was taten wir? Wir kamen zu dem Entschluss, dass das Haus nichts dringlicher nötig hatte als eine nagelneue, computergesteuerte Klimaanlage im Westflügel. Während wir uns mit den komplizierten Vorbereitungen für die Installation beschäftigten, begann der Ostflügel einzustürzen und fing sogar Feuer. Wir bastelten in Maastricht, während Sarajewo brannte.

Damit Sie mich von Anfang an nicht missverstehen – gerade und besonders weil ich Engländer bin: Ich habe keinen prinzipiellen Einwand gegen den Euro. Mir geht es allein um die Prioritäten, und um deren Preis. Ich glaube in der Tat, dass die Südosteuropäer, vor allem die Menschen in Bosnien und im Kosovo, den Preis für unsere falschen Prioritäten bezahlt haben – und zwar in Blut. Statt der Klimaanlage Währungsunion hätten wir uns auf drei eng miteinander verknüpfte Felder konzen-

trieren müssen: die Vorbereitung auf eine schnelle Osterweiterung der Europäischen Union (mit den dazu notwendigen institutionellen Reformen), eine viel enger koordinierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik und eine effektive europäische Eingreiftruppe. Plakativ gesagt: erst eine gemeinsame europäische Armee, dann eine gemeinsame europäische Währung. Denn während wir uns auf die Währungsunion vorbereiteten, ist der Krieg auf den alten Kontinent zurückgekehrt. Natürlich wären diese drei Schritte alle sehr schwierig gewesen – aber die Einführung des Euro war auch nicht gerade leicht.

Manchmal beschleicht mich der beunruhigende Gedanke, dass das Problem mit dem deutschen und europäischen Wunder von 1989 vielleicht jenes war, dass es *zu* wundersam, zu friedlich – eine zu „samtene" Revolution war. Es war bekanntlich Heraklit, der sagte, dass der Krieg der Vater aller Dinge sei. Der große Impuls zum europäischen Projekt kam eben aus den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Nun haben wir erst nach dem Schock eines neuen Krieges in Europa – des Krieges oder genauer gesagt der Kriege im ehemaligen Jugoslawien – tatsächlich begonnen, am Ende der neunziger Jahre das zu machen, womit wir eigentlich gleich zu Anfang des Jahrzehnts hätten beginnen müssen. Die neue EU-Kommission unter Romano Prodi und die von ihm beauftragten „Drei Weisen" machen hervorragende Vorschläge für eine erheblich erweiterte, aber dementsprechend auch deutlich zu vertiefende Europäische Union. Wir haben in Javier Solana einen namhaften Vertreter einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Es gibt zudem erste konkrete Schritte hin zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik.

Better late than never, besser spät als nie, möchte man sagen. Sie mögen einwenden, dass diese Dinge Zeit brauchten, um zu reifen. Man lernt eben aus seinen Fehlern (beispielsweise aus der absurden Situation, dass Anfang der neunziger Jahre führende westeuropäische Staaten keine bedeutenden Differenzen zwischen ihren nationalen Interessen auf dem Balkan hatten, doch wichtige Unterschiede in den nationalen Politikansätzen gegenüber dem Balkan). Doch keinesfalls *alles* ist leichter geworden mit der Zeit. Nehmen wir zum Beispiel die entscheidende Frage nach der öffentlichen Akzeptanz der Notwendigkeit der Osterweiterung der Europäischen Union und der damit verbundenen Kosten. Ist diese Akzeptanz heute denn wirklich größer – nach all den Enttäuschungen und Zumutungen der letzten zehn Jahre – als zur Zeit der großen Begeisterung, als Willy Brandt sein berühmtes Wort prägte? Gerade in dieser Hinsicht sind die letzten österreichischen Wahlergebnisse ein sehr beunruhigendes Signal.

Was ist also heute noch zu tun? Was soll und darf Europa von Deutschland – ja, von

der Berliner Republik – erwarten? Unter den zahllosen Kommentaren von deutschen Intellektuellen zur deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 fand ich am allerschönsten eine schlichte, aber tiefe Äußerung des (ehemals ostdeutschen) Schriftstellers Reiner Kunze. Er sagte: „Ich erwarte von Deutschland, daß es sich nach dem 3. Oktober 1990 auf diesen Tag vorbereiten wird." In der Zwischenzeit haben wir erlebt, wie schwierig Vorbereitungen auf etwas schon Geschehenes sein können.

In Anlehnung an Kunze möchte ich sagen: Ich erwarte – oder zumindest ich erhoffe – vom vereinigten Deutschland, dass es nunmehr seinen Beitrag dazu leistet, die Zustände in Europe zu schaffen, die einst seine Einigung ermöglichen sollten. Denn es ist eben etwas anders gekommen als in der politischen Analyse von Willy Brandt. Ja – der Wandel in Deutschland wurde erst möglich durch den größeren Wandel in Europa, aber dann ging die deutsche Einigung strukturell der gesamteuropäischen schnell und weit voraus. Es besteht also Nachholbedarf. Es gibt keine deutsche Frage mehr. Aber es gibt noch die europäische Frage. Und sie ist in diesen zehn Jahren nicht leichter geworden: im ehemaligen Jugoslawien, in der ehemaligen Sowjetunion, aber eben auch mit Blick auf die Einstellungen der eigenen, westeuropäischen Bevölkerungen.

Vor ein paar Jahren fragte ich einen sehr bedeutenden Mann aus der französischen Wirtschaft, was er über das Projekt der Osterweiterung der Europäischen Union denke. Er schaute mich lächelnd an und sagte: *„Il faut toujours en parler, et jamais y penser"*. Man soll immer davon reden und nie daran denken. Es gibt wenige in Westeuropa, die das so offen heraus sagen würden, aber nicht wenige, die so denken. Und je näher man kommt – zeitlich wie geographisch – desto größer werden die Bedenken in der breiten Bevölkerung. Das hat gerade Österreich gezeigt. Ist es also wirklich so weit hergeholt zu vermuten, dass auch in Deutschland die Folgen und kurzfristigen Kosten der Osterweiterung zum Wahlkampfthema werden könnten? 1972 bestritt Willy Brandt den großen Wahlkampf zur Durchsetzung der Ostpolitik. Wird vielleicht dreißig Jahre danach, im Bundestagswahlkampf 2002, für und gegen die Osterweiterung gekämpft werden? Und wenn ja, wer wird dann die Rolle Willy Brandts übernehmen?

Es gehört zum Wesen des Umgangs mit den verstorbenen großen Männern (und Frauen), dass ihre Lehren und ihr Erbe sehr unterschiedlich interpretiert werden. „Es ist im Geiste Washingtons", sagt man, oder „so hätte Gandhi es gemacht!" Und sie selber können ja nicht mehr Einspruch erheben. Aber es besteht doch wenig Zweifel daran, auf welcher Seite Willy Brandt in diesem Streit stehen würde. Sein Vermächtnis lautet eben, dass das Gesamtdeutsche mit dem Gesamteuropäischen

immer einher gehen muss. Es lautet auch, dass Politiker das langfristig Wichtige vor das kurzfristig Bequeme stellen müssen; nicht der neuesten Meinungsumfrage folgen, sondern die öffentliche Meinung auch führen sollen.

Diese politische Führung besteht aus konkreten, wenn auch manchmal kleinen Schritten; aus symbolischen Gesten (die unvergesslich sein können, wie Brandts Warschauer Kniefall); aber auch in der Sprache, die man wählt. Eine Sprache, die hier ernüchtern, aber da bewegen muss. Nicht die kühle Sprache des Analytikers, die Realitäten nur wahrheitsgetreu ermessen will und deswegen Begriffen wie „zusammenwachsen“ und „zusammengehören“ gleich skeptisch hinterfragt. Sondern eine Sprache, die neue Realitäten schafft. „Und jetzt erleben wir,“ sagte er vor Jahr und Tag von der Freitreppe dieses Rathauses, „...daß die Teile Europas wieder zusammenwachsen.“ Zehn Jahre danach bedarf es immer noch solcher Führung und solcher Sprache, damit die Verheißung von 1989 endlich Wirklichkeit werden kann.

Landesarchiv Berlin

Willy Brandt während der Rede vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989

■ BERND ROTHER

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten

Willy Brandt war ein Politiker des beginnenden Zeitalters elektronischer Medien. Fernsehen und Radio waren für ihn ebenso wichtig wie Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, um seine politischen Vorstellungen den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Etwa 13.000 Nachweise von Beiträgen mit und über Brandt bei den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, die im Rahmen eines Projektes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von mir bisher zusammengetragen wurden, belegen dies. Dennoch vertrauen fast alle Zeithistoriker, die sich mit Leben und Werk des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers beschäftigen, weiterhin ausschließlich schriftlichen Quellen. Die eingeschränkten Arbeitsbedingungen in vielen Rundfunkarchiven erklären dies nur zum Teil. Welche Probleme die Vernachlässigung von Quellen aus dem Bereich des Radios und des Fernsehens mit sich bringen kann, soll hier exemplarisch dargelegt werden.

Wenige Reden von Willy Brandt sind häufiger – vollständig oder in Auszügen – abgedruckt worden als die vom 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg zu Berlin. Und kaum eine seiner Formulierungen ist so sehr in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen, zum geflügelten Wort geworden, wie das Zitat in der Überschrift. In zahlreichen Publikationen wird beides, Rede und Zitat, zusammengeführt. Willy Brandt habe den berühmten Satz auf der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg gesprochen. So steht es im „Archiv der Gegenwart“[1], wo wir das Zitat finden: „‚Wir sind jetzt in der Situation, wo wieder zusammenwächst, was zusammengehört’“. Im erstmals 1990 publizierten Sammelband des J.H.W. Dietz Nachf. Verlages mit Brandts „Reden zu Deutschland“ lautet die entsprechende Passage: „Aus dem Krieg und der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins. Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Jetzt erleben wir, und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf: die Teile Europas wachsen zusammen.“ Diese Version bringt auch das „SPD-Jahrbuch 1988-1990“. Manfred Görtemaker datiert in seiner „Geschichte der Bundesrepublik

1 *Für nähere Quellenangaben verweise ich auf meinen Beitrag „Gilt das gesprochene Wort?“, in: Deutschland Archiv, 33. Jg., 2000, H. 1, S. 90-93. Dieser Artikel hat bewirkt, dass verschiedene Autoren die unzutreffende Darstellung korrigierten, so das Deutsche Historische Museum auf seiner Internetseite.*

Deutschland“ ebenfalls den Satz auf die Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November. Dies tut auch Hartwig Bögeholz in der „Chronik der Republik“; bei ihm lautet der Satz wieder so wie im „Archiv der Gegenwart.“

In der ständigen Ausstellung zu Willy Brandt im Rathaus Schöneberg heißt es unter Exponat 247 ebenfalls, dass Brandt den Satz auf der Kundgebung vor diesem Hause gesprochen habe. Im Katalog zur Ausstellung kann man lesen: „Als am 10. November 1989 die Mauer geöffnet wird, hält Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus vor einer riesigen Menschenmenge die Rede, in die das Leitmotiv der Einigung eingebettet ist: ‚Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört’.“

Überprüft man diese Darstellung an den überlieferten Tonmitschnitten, so zeigt sich, dass der Satz fehlt. Das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) Frankfurt/Main vermerkt sogar ausdrücklich: „Die bekannte Passage ‚Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört’ kommt in dieser Aufnahme nicht vor“.

Auch die wohl früheste gedruckte Wiedergabe von Brandts Rede („‚Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk auf der Welt.’ Die Reden am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg“), publiziert von der Berliner Senatskanzlei, beinhaltet den Satz nicht. Es heißt dort: „Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins. Jetzt erleben wir, und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf, daß die Teile Europas zusammenwachsen.“ Schließlich ist auch in Willy Brandts „Nachschrift“, die er Ende November 1989 seinen „Erinnerungen“ beifügte und wo er den Redeinhalt zusammenfasste, der berühmte Satz nicht erwähnt.

Ist der Satz also reine Erfindung? Hat ihn Brandt überhaupt nicht gesagt? Oder wann und wo fiel er wirklich? Die nachfolgend abgedruckten Dokumente sollen die Entstehungsgeschichte dieses Satzes, der zwar tatsächlich am 10. November 1989 von Willy Brandt verwendet wurde, aber nicht in seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg, deutlich machen.

Brandt hatte die Nachricht von Günter Schabowskis Pressekonferenz, auf der dieser das sofortige Inkrafttreten der Reisefreiheit für die DDR-Bürger mitteilte, am Abend des 9. November während einer Sitzung des Deutschen Bundestags erhalten. Wie schnell sich die Dinge aber in Berlin und an der innerdeutschen Grenze entwickeln würden, ahnte Willy Brandt in diesem Moment ebenso wenig wie wohl alle anderen Beteiligten. Erst durch einen Anruf eines Journalisten zwischen 4 und 5 Uhr morgens erfuhr er, dass tatsächlich bereits die Mauer de facto gefallen war. Am Morgen des 10. November flog er mit einer britischen Militärmaschine nach Berlin. Während des Fluges machte er sich Notizen für eine Rede. In Berlin fuhr Brandt zum

Rathaus Schöneberg und zum Brandenburger Tor, wo er bis zum frühen Nachmittag zahlreiche Interviews gab und eine kurze Ansprache hielt. Anschließend nahm er als Ehrengast an einer einstündigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teil, die gegen 17 Uhr endete. Direkt im Anschluss begann die Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg; die dort von Brandt gehaltene Rede basierte auf den erwähnten Notizen. Am Abend fuhr er – zusammen mit dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel – nach Ostberlin, um sich mit Mitgliedern der gerade erst gegründeten DDR-Sozialdemokratie und anderen Oppositionellen zu treffen.

Um die Entstehung des hier zur Diskussion stehenden Satzes zu rekonstruieren, habe ich die uns bekannten und zugänglichen Interviews von Brandt vom 10. November 1989 überprüft. Aber nicht alle Interviews, insbesondere die mit ausländischen Medien, konnte ich ausfindig machen. Das Ergebnis war, dass zumindest in zwei Interviews der berühmte Satz fiel. Weil der Mitschnitt von mehreren Sendern in unterschiedlicher Länge ausgestrahlt wurde, hatte es zunächst so ausgesehen, als ob er noch viel häufiger geäußert worden sei. Die beiden Interviews sind im Anhang dieses Heftes wortgetreu wiedergegeben, abgesehen von Versprechern und Füllwörtern. Das als Faksimile abgedruckte Gespräch mit der Berliner Morgenpost wurde auf der Treppe vor dem Rathaus Schöneberg, direkt vor oder nach der Kundgebung, geführt.

Auffällig ist, dass der Satz nicht sofort Furore machte. Weder hat ihn die Berliner Morgenpost in der Überschrift der Gesprächswiedergabe übernommen noch erschien er in den nächsten Tagen in den Berliner Tageszeitungen. Es scheint, dass er erst durch ein Plakat, genauer: eine „Wandzeitung“ der SPD populär wurde. Die „Wandzeitungen“ sind vorrangig für den Aushang in Schaukästen der SPD-Ortsvereine vorgesehen. Nummer 19/1989, etwa Ende November 1989 in einer Auflage von 6.000 Exemplaren hergestellt, zeigt ein Foto mit Willy Brandt vor dem Brandenburger Tor und daneben als einzigen Text den Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, mit dem Zusatz „(Willy Brandt, 10.11.1989)“. Nun hatte die SPD die Zugkraft der Brandtschen Formulierung erkannt. Am Eröffnungstag des Programmparteitags in Berlin vom 18. – 20. Dezember 1989 standen diese Worte als Motto an der Stirnseite des Saales; die stellvertretende Parteivorsitzende, Herta Däubler-Gmelin, eröffnete mit diesem Satz den Parteitag, der Parteivorsitzende Vogel paraphrasierte ihn, und schließlich wiederholte Willy Brandt selbst seinen Ausspruch in der Parteitagsrede. In der „Berliner Erklärung“ zum Thema „Die Deutschen in Europa“, die der SPD-Parteitag am 18. Dezember 1989 beschloss, stand der Satz folgerichtig an prominenter Stelle. Seither ist er zum festen Bestandteil politischer

Rhetorik und journalistischer Formulierungen geworden.

Wie aber entstand die gegenüber dem gesprochenen Wort veränderte schriftliche Überlieferung? Für das „Archiv der Gegenwart“ lässt sich dies nicht mehr rekonstruieren. Anders beim Sammelband des Dietz-Verlages. Eine Anfrage ergab folgenden Sachverhalt: Bei der Erstellung der Textvorlage habe sich herausgestellt, dass der entsprechende Satz so in der Rede vom 10. November vor dem Rathaus Schöneberg nicht gefallen war (und auch nicht in den übrigen ausgewählten Reden). Weil aber als Titel des Buches bereits „... was zusammengehört“ feststand, sprach der Lektor des Verlages Willy Brandt darauf an. „Willy Brandt teilte uns mit, dass er sich selbst auch nicht mehr genau erinnere, in welcher seiner Reden (oder Gespräche oder Interviews) er den fraglichen Satz gesagt habe. Er schlug uns dann vor, die fragliche Passage in der Rede vom 10. November 1989 unterzubringen, und zwar genau an der auf S. 36 des Buchs enthaltenen Stelle. Er trug dies selbst handschriftlich ins Manuskript ein [...].“ Eine vom Verlagsleiter überlassene Fotokopie illustriert dies. Jedoch formulierte Willy Brandt: „Es wächst zusammen, was zusammengehört.“ In der gedruckten Fassung wurde „Es“ durch „Jetzt“ ersetzt.

Die bis auf den eben erwähnten Satz identischen Publikationen der Senatskanzlei (s. o.) und des Dietz-Verlages enthalten jedoch, wie aus dem Vergleich mit dem SFB-Mitschnitt der Rede hervorgeht, noch weitere, insoweit äußerst problematische Abweichungen vom gesprochenen Wort.[2] Es wurde u. a. eine wichtige Aussage Brandts in bemerkenswerter Weise verändert:

Der gedruckten Fassung zufolge sagte Brandt: „Wenn ich meine Landsleute im anderen Teil Deutschlands gut verstehe, dann stimmen sie mit mir und ich denke mit uns allen hier überein. Keiner wünscht Schwierigkeiten mit den sowjetischen Truppen, die sich noch auf deutschem Boden befinden. Die bleiben auch nicht immer da. An der militärischen Präsenz wird sich etwas ändern.“ (Senatskanzlei, S. 10) Tatsächlich aber sagte Brandt: „Wenn ich meine Landsleute im anderen Teil Deutschlands gut verstehe, dann stimmen sie mit mir und ich denke mit uns allen hier überein: keiner von ihnen wünscht Schwierigkeiten mit den sowjetischen Truppen, die sich noch auf deutschem Boden befinden. Die werden weniger werden. An der militärischen Präsenz anderer wird sich etwas ändern.“ Erwartete Brandt der gedruckten Version zufolge bereits am 10. November 1989 einen Abzug der sowjetischen (aber nur dieser) Truppen, so ging er in Wirklichkeit von einer Reduzierung aus, begleitet jedoch von einem Abbau auch der anderen in Deutschland stationierten

2 *Leider konnte die Textvorlage, auf der die Publikation der Senatskanzlei basiert, trotz tatkräftiger Mithilfe dieser Dienststelle nicht aufgefunden werden.*

Streitkräfte. Statt einseitig Erwartungen an die Sowjetunion heranzutragen, sah Brandt eine allseitige Reduzierung ausländischer Truppen in Deutschland voraus.[3]

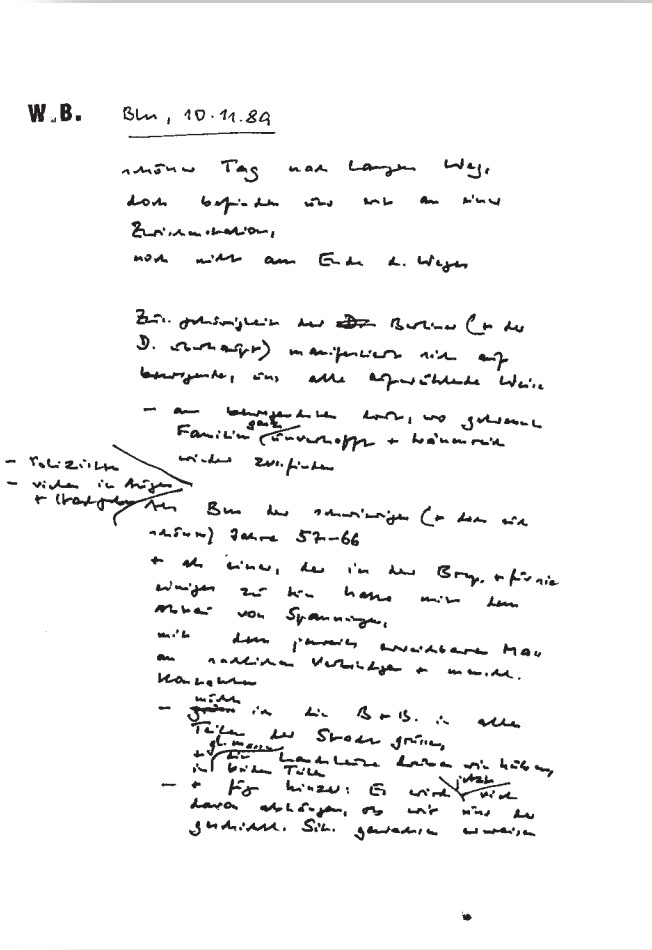
Auch in vielen weiteren Passagen weicht der von der Senatskanzlei publizierte Text erheblich vom gesprochenen Wort ab.

Als Fazit bleibt, dass das Beispiel der Brandt-Rede die Risiken zeigt, sich – jedenfalls bei wichtigen Reden – allein auf die schriftliche Überlieferung zu verlassen. Auch wenn, wie zu hoffen ist, nicht immer so viele Diskrepanzen zum gesprochenen Wort zu erwarten sind, bleibt der Abgleich eine prinzipielle Forderung an Historiker. Die gedruckte Fassung, sofern sie vom Redner autorisiert wurde, verliert dadurch nicht ihre Bedeutung. Aber sie dokumentiert eben nicht die politische Position des Redners bzw. die vom Redner vorgebrachten Argumente im Moment seines Auftrittes vor dem Auditorium und somit auch nicht das, was auf das Auditorium wirkte, sondern nur die reflektierte, womöglich durch neue Erkenntnisse zusätzlich beeinflusste spätere Bewertung.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung veröffentlicht den Wortlaut der Rede Willy Brandts entsprechend dem Mitschnitt des SFB. Um den Entstehungsprozess der Ansprache nachvollziehbar zu machen, wird er um das handschriftliche Redemanuskript Brandts ergänzt. Deutlich wird, an welchen Stellen Willy Brandt unter dem Eindruck der Erlebnisse des Tages seinen Entwurf veränderte oder ergänzte. Zu diesen neu aufgenommenen, frei vorgetragenen Stellen gehört auch die über die Präsenz sowjetischer und anderer Truppen in Deutschland.

PS: Der Gedanke „Nun wächst zusammen, was zusammengehört“ war aus Willy Brandts Mund schon früher zu hören. Unter den Nachweisen von Fernsehsendungen des SFB über ihn findet man ein Feature mit dem Titel „Unter dem Pflaster einer Großstadt“, gesendet am 11. August 1958. In dem Beitrag, der von der gesamten ARD ausgestrahlt wurde, kam der damalige Regierende Bürgermeister mit einer am 31. Mai 1958 gehaltenen Rede zu Wort. Anlass war die Eröffnung eines neuen U-Bahn-Teilstückes in Berlin. Laut Abstract des SFB-Archivs drückte Brandt „die Hoffnung aus, ‚daß eines Tages zusammengefügt sein wird, was zusammengehört.’“ Und am 12. August 1964, aus Anlass des dritten Jahrestages des Mauerbaus, erklärte Brandt: „Deutschland muß vereinigt werden, damit zusammengefügt wird, was zusammengehört.“

3 Die unkorrekte gedruckte Version hat Wissenschaftler zu Fehlschlüssen geführt; vgl.: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer, Opladen 1996, S. 277. Dies ist aber keine Kritik an Hertle, denn er hat den ihm vorliegenden Text zutreffend interpretiert; nur gab der Text nicht Brandts tatsächliche Äußerung wieder.



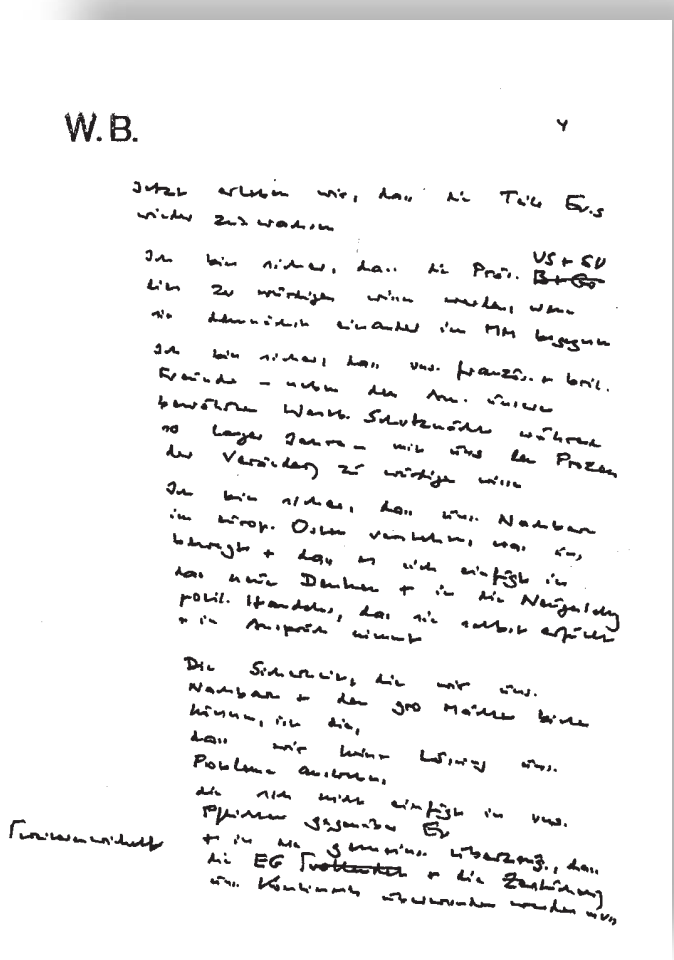
W.B. Bln, 10.11.89

Willy-Brandt-Archiv im AdsD der FES

Seite 1 des Manuskripts von Willy Brandt für die Rede vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989

Rede Willy Brandts am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg zu Berlin

Redemanuskript:	**Gesprochene Rede:**
	Liebe Berlinerinnen und Berliner, liebe Landsleute von drüben und hüben,
schöner Tag nach langem Weg, doch befinden wir uns erst an einer Zwischenstation, noch nicht am Ende des Weges	*dies ist ein schöner Tag nach einem langen Weg, aber wir befinden uns erst an einer Zwischenstation. Wir sind noch nicht am Ende des Weges angelangt. Es liegt noch 'ne ganze Menge vor uns.*
Zus[ammen]gehörigkeit der Berliner (+ der D[eutschen] überhaupt) manifestiert sich auf bewegende, uns alle aufwühlende Weise. - am bewegendsten dort, wo getrennte Familien ganz unverhofft + tränenreich wieder zus[ammen]finden - Polizisten - vielen in Augen + Handgeben	*Die Zusammengehörigkeit der Berliner und der Deutschen überhaupt manifestiert sich auf eine bewegende, auf eine uns aufwühlende Weise, und sie tut es am bewegendsten dort, wo getrennte Familien endlich wieder ganz unverhofft und tränenvoll zusammenfinden. Mich hat auch das Bild angerührt von dem Polizisten auf unserer Seite, der 'rübergeht zu seinem Kollegen drüben und sagt: Jetzt haben wir uns so viele Wochen, vielleicht Monate auf Abstand gesehen, ich möchte Ihnen heute mal die Hand geben. Das ist die richtige Art, sich dem Problem zu nähern: einander die Hand zu geben, nachtragend nur dort zu sein, wo es unbedingt sein muß. Aber*



Willy-Brandt-Archiv im AdsD der FES

Seite 4 des Manuskripts von Willy Brandt für die Rede vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989

wo immer es geht, Trennendes zu überwinden. Das hab' ich auch heute mittag am Brandenburger Tor gespürt, und hier sind ja viele auf dem Platz, die auch heute mittag am Brandenburger Tor waren.

Als B[ürger]m[eister] der schwierigen (+doch auch schönen) Jahre 57-66
+ als einer, der in der B[undes]rep[ublik] + für sie einiges zu tun hatte mit dem Abbau von Spannungen,
mit dem jeweils erreichbaren Mass an sachlichen Verbindungen + menschl[ichen] Kontakten

- möchte ich die B[erlinerinnen] + B[erliner] in allen Teilen der Stadt grüssen,
+ gl[eicher]massen die Landsleute drüben wie hüben, in beiden Teilen
+ füge hinzu: Es wird jetzt viel davon abhängen, ob wir uns der geschichtl[ichen] Sit[uation] gewachsen erweisen

Als Bürgermeister der schwierigen Jahre von 1957 bis 1966, also auch der Zeit des Mauerbaus und danach, und als einer, der in der Bundesrepublik und für sie einiges zu tun hatte mit dem Abbau von Spannungen in Europa und mit dem jeweils erreichbaren Maß an sachlichen Verbindungen und menschlichen Kontakten, sage ich hier heute abend meinen ganz herzlichen Gruß an die Berlinerinnen und Berliner in allen Teilen der Stadt. Und gleichermaßen an die Landsleute drüben wie hüben, in beiden Teilen Deutschlands. Und ich füge hinzu: Es wird jetzt viel davon abhängen, ob wir uns – wir Deutschen, hüben und drüben – der geschichtlichen Situation gewachsen erweisen.

2

Das Zus[ammen]rücken der D[eutschen] verwirklicht sich anders, als es die meisten von uns erwartet + keiner sollte in dies[em] Augenblick so tun, als wüsste er genau, in welcher konkreten Form die Menschen in den beiden d[eutschen] Staaten in ein neues Verhältnis zueinander gelangen werden

Das Zusammenrücken der Deutschen, darum geht es, das Zusammenrücken der Deutschen verwirklicht sich anders, als es die meisten von uns erwartet haben. Und keiner sollte in diesem Augenblick so tun, als wüßte er ganz genau, in welcher konkreten Form die Menschen in den beiden Staaten in ein neues Verhältnis zueinander geraten werden. Daß sie in ein anderes

Verhältnis zueinander geraten, daß sie in Freiheit zusammenfinden und sich entfalten können, darauf allein kommt es an.

Aber eines ist sicher: Nichts wird wieder so werden, wie es war

Und eines ist sicher, es wurde vorhin im Abgeordnetenhaus gesagt: Es ist sicher, daß nichts im anderen Teil Deutschlands wieder so werden wird, wie es war.[1] *Die Winde der Veränderung, die seit einiger Zeit über Europa ziehen, haben an Deutschland nicht vorbeiziehen können. Meine Überzeugung war es immer, daß die betonierte Teilung und daß die Teilung durch Stacheldraht und Todesstreifen gegen den Strom der Geschichte standen. Und ich habe es noch in diesem Sommer zu Papier gebracht – man kann es nachlesen, wenn man will –, ohne daß ich genau wußte, was im Herbst passieren würde: Berlin wird leben und die Mauer wird fallen.*[2] *Übrigens, übrigens, liebe Freunde, ein Stück von jenem scheußlichen Bauwerk, ein Stück davon könnte man dann von mir aus sogar als ein geschichtliches Monstrum stehenlassen. So, so wie wir seinerzeit nach heftigen Diskussionen in unserer Stadt uns bewußt dafür entschieden haben,*

Die Winde der Veränderung, die über Eu[ropa] ziehen, haben nicht an D[eu]t[sch]l[an]d vorbeiziehen können
Meine Überzeug[ung] war es immer, dass die betonierte Teilung gegen den Strom d[er] Geschichte stehe

+ habe noch in dies[em] Sommer in meinen „Erinnerungen“ geschrieben: „B[er]l[i]n wird leben, + die Mauer wird fallen“

3

Ein Stück davon sollte man – wenn es so weit ist – als Erinnerung an ein geschichtl[iches] Monstrum stehen lassen
– so, wie wir seinerzeit – nach lebhafter Diskussion – entschieden haben, die Ruine der Gedächtniskirche stehen zu lassen

1 *Brandt bezieht sich hier auf die Äußerung von Eberhard Diepgen (CDU): „Nichts wird — so hoffe ich — sein, wie es war.“ Vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, 11. Wahlperiode, Plenarprotokoll, 17. Sitzung, 10. November 1989, S. 780.*

2 *In seinen Erinnerungen, die im September 1989 erschienen waren, hatte Brandt geschrieben: „Und Berlin? Und die Mauer? Die Stadt wird leben, und die Mauer wird fallen.“ Vgl. Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989, S. 495.*

die Ruine der Gedächtniskirche stehenzulassen.

Denen, die heute noch so schön jung (+ denen, die nachwachsen) kann es nicht immer leichtfallen, sich die histor[ischen] Zus[ammen]hänge klarzumachen
Deshalb sage ich nicht nur, dass wir bis zur Überwindung d[er] Spaltung noch einiges vor uns, sondern ich erinnere uns auch daran, dass die widernatürliche Spaltung natürlich nicht mit dem 13. Aug. 61 begann

Denen, die heute noch so schön jung sind, und denen, die nachwachsen, kann es nicht immer leichtfallen, sich die historischen Zusammenhänge, in die wir eingebettet sind, klarzumachen. Deshalb sage ich nicht nur, daß wir bis zur Überwindung der Spaltung noch einiges vor uns haben, sondern ich erinnere uns auch daran, daß die widernatürliche Spaltung – und mit welchem, mit welchem Zorn, aber auch mit welcher Ohnmacht habe ich hier am 16. August '61 von dieser Stelle aus dagegen angeredet [3] – ich will sagen: auch das hat natürlich nicht erst am 13. August 1961 begonnen.

Das deutsche Elend begann mit dem terrorist[ischen] Naziregime + dem von ihm entfesselten Krieg, der Berlin – wie soviele Städte – in eine Trümmerwüste verwandelte

Das deutsche Elend begann mit dem terroristischen Nazi-Regime und dem von ihm entfesselten schrecklichen Krieg. Jenem schrecklichen Krieg, der Berlin wie so viele andere deutsche und nichtdeutsche Städte in Trümmerwüsten verwandelte.

Aus dem Krieg (+ der Veruneinigung der Siegermächte) erwuchs die Spaltung Eu[ropa]s, D[eu]t[sch]l[an]ds, Berlin

Aus dem Krieg und aus der Veruneinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands, in Berlin reproduziert auf mehrfache Weise.

4

Jetzt erleben wir, dass die Teile Eu[ropa]s wieder zus[ammen]wachsen

Und jetzt erleben wir, und das ist etwas Großes – und ich bin dem

3 *Die Rede ist abgedruckt in : Brandt, Willy: Mit Herz und Hand. Ein Mann in der Bewährung, Hannover 1962, S. 155-163.*

Herrgott dankbar dafür, daß ich dies miterleben darf – wir erleben, daß die Teile Europas wieder zusammenwachsen.

Ich bin sicher, dass die Präs[identen] US + SU dies zu würdigen wissen werden, wenn sie demnächst einander im M[ittel]M[eer] begegnen

Und ich bin sicher, liebe Freunde, ich bin sicher, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und der erste Mann der Sowjetunion, daß Bush und Gorbatschow dies, was im Gange ist bei uns, zu würdigen wissen werden, wenn sie einander demnächst auf einem Schiff im Mittelmeer begegnen.[4]

Ich bin sicher, dass uns[ere] französ[ischen] + brit[ischen] Freunde – neben den Am[erikanern] unsere bewährten westl[ichen] Schutzmächte während so langer Jahre – mit uns den Prozess der Veränderung zu würdigen wissen

Und ich bin sicher, daß unsere französischen und unsere englischen Freunde – vergessen wir nicht, neben den Amerikanern die bewährten Schutzmächte von West-Berlin in schwierigen Jahren, in langen schwierigen Jahren – ich bin sicher, daß sie mit uns den Prozeß der Veränderung und des neuen Aufbruchs zu würdigen wissen.

Ich bin sicher, dass uns[ere] Nachbarn im europ[äischen] Osten verstehen, was uns bewegt + dass es sich einfügt in das neue Denken + in die Neugestalt[un]g polit[ischen] Handelns, das sie selbst erfüllt + in Anspruch nimmt

Ich bin sicher, daß unsere Nachbarn im europäischen Osten verstehen, was uns bewegt, und daß es sich einfügt in das neue Denken und in die Neugestaltung politischen Handelns, das sie, die Zentral- und Osteuropäer, selbst erfüllt und in Anspruch nimmt.

Die Sicherheit, die wir uns[eren] Nachbarn + den gro[ßen] Mächten bieten können, ist die, dass wir keine Lösung uns[erer] Probleme anstreben, die sich nicht einfügt in uns[ere]

Die Sicherheit, die wir unseren Nachbarn und auch den großen Mächten dieser Welt bieten können, ist die, daß wir keine Lösung unserer Probleme anstreben, die sich nicht ein-

4 *Am 2. und 3. Dezember 1989 trafen sich Bush und Gorbatschow im Hafen von Valletta (Malta) an Bord der „Maxim Gorki“.*

Pflichten gegenüber Eu[ropa] + in die gemeins[ame] Überzeug[ung], dass die EG weiterentwickelt + die Zerstückelung uns[eres] Kontinents überwunden werden muss

fügt in unsere Pflichten gegenüber dem Frieden und gegenüber Europa. Und in die gemeinsame Überzeugung, daß die Europäische Gemeinschaft weiterentwickelt und die Zerstückelung unseres Kontinents definitiv überwunden werden muß.

5

Damals, im Aug[ust] 61, haben wir – nicht nur im Zorn – gefordert: die Mauer muss weg
Wir haben uns auch gesagt, B[er]l[i]n müsse trotz der Mauer weiterleben
Wir haben die Stadt (mit Hilfe des Bundes) wieder aufgebaut, andere
– die nach uns kamen – haben dem Wiederaufbau Wichtiges hinzugefügt
Uns hier in Berlin war bei alledem aufgetragen, den Weg nach D[eutsch]l[an]d offenzuhalten

Damals, im August '61, haben wir nicht nur im Zorn gefordert: die Mauer muß weg. Wir haben uns auch sagen müssen, Berlin muß trotz der Mauer weiterleben. Wir haben die Stadt – mit Hilfe des Bundes, was wir auch nicht vergessen wollen – wiederaufgebaut. Andere, die nach uns kamen, haben dem Wiederaufbau Wichtiges hinzugefügt. Aber hier in Berlin war uns zusätzlich zu allen innerstädtischen Aufgaben und zum Wohnungsbau, zum kulturellen und wirtschaftlichen Neuaufbau aufgetragen, den Weg nach Deutschland in und durch Berlin offenzuhalten. Das zwang uns dann zum intensiveren Nachdenken darüber, wie wir, auch als es schier hoffnungslos aussah, wie wir den besonders brutalen Auswirkungen der Trennung, wenn's irgend ginge, doch entgegenwirken könnten. Und natürlich gab es nicht immer gleich Übereinstimmung darüber, wie das am besten zu erreichen sei.

Das zwang uns zum Nachdenken darüber, wie wir auch als es schier hoff[nungs]los erschien den besonders brutalen Auswirkungen der Trennung entg[egen]wirken könnten + natürlich gab es nicht immer gleich Übereinstimmung darüber, wie das am besten zu erreichen

6

Mir hat sich das Datum des 18. Dez. 63 besonders eingeprägt:

Mir hat sich das Datum des 18. Dezember 1963 besonders einge-

das 1. Passierscheinabkommen

prägt, nicht nur, weil ich Geburtstag hatte – damals wurde ich 50 –, sondern es hat sich mir eingeprägt, weil das der Tag war, an dem aufgrund der Passierscheine – mehr konnten wir damals nicht erreichen – Hunderttausende, viel mehr als man erwartet hatte, drüben waren, nicht nur die Verwandten in Ost-Berlin, sondern auch die, die aus „der Zone" kamen, wie wir damals sagten, wieder treffen konnten. Das war schrecklich unzulänglich, das blieb schrecklich brüchig, aber wir haben uns nicht davon abbringen lassen, auch jeden möglichen kleinen Schritt zu tun, um den Kontakt zwischen den Menschen zu fördern und den Zusammenhalt der Nation nicht absterben zu lassen.

Das war schrecklich unzulänglich, auch brüchig
Aber wir haben uns nicht davon abbringen lassen, auch jeden mögl[ichen] kleinen Schritt zu tun, um den Kontakt zwi[schen] den Menschen zu fördern, statt ihn absterben zu lassen

Es nahm danach (ab 63) noch fast ein Jahrzehnt,
bis durch das Verkehrsabk[ommen] + den Grundlagenvertrag einige prakt[ische] Fragen zu regeln.
Eine Vielzahl von Abkommen + Absprachen hat sich dem angereiht
– + es bleibt richtig, insoweit ein Vakuum nicht eintreten zu lassen

Es hat dann noch fast ein Jahrzehnt gedauert, bis durch einen Verkehrsvertrag und einen Grundlagenvertrag die damals möglichen Veränderungen erreicht werden konnten. Eine Vielzahl von Abkommen und Absprachen hat sich dem hinzugefügt. Und es bleibt richtig, daß wir ein Vakuum, einen Leerraum auch aus nationalen Gründen nicht entstehen lassen durften.

7

Richtig war es auch, die Aussenbeding-[ungen] zu entlasten + verbessern, wo immer dies möglich

Richtig war es auch, die Außenbedingungen für das geteilte Deutschland und die Menschen in ihm zu entlasten und zu verbessern, wo immer

Das war der Inhalt der Vertragspol[itik], des Hinwirkens auf Helsinki (+ der Einflussnahme darauf)

dies möglich war. Das war der Inhalt unserer Vertragspolitik, auch mit wichtigen Partnern im Osten. Das war der Inhalt unseres Hinwirkens auf die gesamteuropäische Konferenz in Helsinki, schwierig beginnend, aber verpflichtet auf die Menschenrechte, verpflichtet auf Zusammenarbeit, verpflichtet auch auf Abbau der Rüstungen, der Überrüstungen in Europa. Und dieses sich langsam Hinbewegen auf Stabilität, auf den Abbau statt weiteren Aufbau von Rüstungen, macht sich nun bezahlt.

— nicht zuletzt des Drängens auf milit[ärische] Stabilität + Abbau von Rü[stung] in Eu[ropa]

Das ist imgange, + dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir es heute mit veränd[erten], verbesserten Rahmenbeding[ungen] zu tun

Dies ist im Gange, dies hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir es heute mit verbesserten Rahmenbedingungen zu tun haben. Und ich füge hinzu: Wenn ich meine Landsleute im anderen Teil Deutschlands gut verstehe, dann stimmen sie mit mir und ich denke mit uns allen hier überein: keiner von ihnen wünscht Schwierigkeiten mit den sowjetischen Truppen, die sich noch auf deutschem Boden befinden. Die werden weniger werden. An der militärischen Präsenz anderer wird sich etwas ändern. Wir wollen keinen Trouble, wir wollen friedliche Lösungen auch im Verhältnis zur Großmacht im Osten.

Wünschen keine Schwierigk[eiten] Im Verhältnis zu sowj[etischen] Truppen

+ ich will in aller Offenheit hinzufügen dass wir nicht Gorb[atschow] erfunden, der Durchbruch zu neuen Beziehungen zwi[schen] nukl[earen] Grossmä[chten] nur bedingt auf unser Konto nicht uns anstatt der Polen, Ung[arn] (+ der and[eren], die auf Wege zur demokr[atischen] Erneuerung) auf die Schulter klopfen

Ich möchte noch sagen: Es ist zusätzlich dazu, daß es einen Hoffnungsträger auch in der Sowjetunion gibt und daß es Demokratiebewe-

8

Dann ist ein neuer Faktor, eine neue Qualität hinzugetreten:
uns[ere] Landsleute in der DDR + Ostb[er]l[i]n haben sich ihrer Geschichte selbst – unüberhörbar – angenommen
Das Volk selbst hat gesprochen, Veränderungen gefordert – nicht zuletzt das Recht auf wahrhaftige Inform[ation] + auf freie Beweg[ung] + auf Freiheit des org[anisatorischen] Zus[ammen]schlusses Ich denke, dass diese Volksbeweg[ung] ihre Erfüllung nur in freien Wahlen finden kann

+ ich meine auch, dass es lohnende Aufgabe, am Werk der Erneuerung an Ort + Stelle mitzuwirken

+ sie nicht denen zu überlassen, die übrigbleiben

9

Nichts wird wieder so, wie es war
Dazu gehört, dass wir im W[esten] nicht an uns[eren] Parolen von gestern gemessen werden,
sondern an dem, was wir heute + morgen zu tun (zu leisten) bereit – Schublade, T[ermin]kalender

gungen in Polen und Ungarn gibt – und anderswo werden sie folgen – es ist ein neuer Faktor von ganz eigener Qualität hinzugetreten. Unsere Landsleute in der DDR und in Ost-Berlin haben sich ihrer Geschicke selbst, und zwar unüberhörbar für alle Welt, angenommen. Das Volk selbst hat gesprochen, hat Veränderungen gefordert, nicht zuletzt das Recht auf wahrhaftige Information und auf freie Bewegung und auf Freiheit des organisatorischen Zusammenschlusses. Und ich denke, daß diese Volksbewegung im anderen Teil Deutschlands ihre Erfüllung nur in wirklich freien Wahlen finden kann. Und ich meine auch, wie der Regierende Bürgermeister Momper, daß es eine lohnende Aufgabe sein kann, am Werk der Erneuerung an Ort und Stelle mitzuwirken und sie, wenn es irgend geht, nicht denen zu überlassen, die übrigbleiben.[5]

Ich sag' noch einmal: Nichts wird wieder so wie es einmal war. Dazu gehört, daß auch wir im Westen nicht an unseren Parolen von gestern allein gemessen werden, sondern an dem, was wir heute und morgen zu tun, zu leisten bereit und in der Lage sind, geistig und materiell. Und ich hoffe, die

5 *Momper, der unmittelbar vor Brandt geredet hatte, hatte erklärt: „Viele Menschen überlegen sich, die DDR zu verlassen. Ich bitte diese Menschen, jetzt zu prüfen, ob sie nicht doch mehr Vertrauen in den Prozeß der Erneuerung und den Prozeß der Reform in der DDR haben können, ob sie nicht gebraucht werden beim demokratischen Aufbruch in der DDR." Vgl. Senatskanzlei Berlin: „Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk auf der Welt", S. 4*

Die Bereitschaft nicht zum erhob[enen]
Zeigefinger, sondern zur Solidarität,
zum Ausgleich, zum neuen Beginn wird
auf die eigentl[iche] Probe gestellt
Es gilt jetzt, zus[ammen]zurücken,
den Kopf klar zu behalten
+ das so gut wie möglich zu tun,
was uns[eren] deu[tschen] Int[eressen]
ebenso entspri[cht]
wie uns[erer] Pflicht als Eu[ropäer]

Schubladen sind nicht leer, was das Geistige angeht. Ich hoffe auch, die Kassen sind nicht allzu leer. Und ich hoffe, die Terminkalender lassen Raum für das, was jetzt sein muß. Die Bereitschaft nicht zum erhobenen Zeigefinger, sondern zur Solidarität, zum Ausgleich, zum neuen Beginn, wird auf die eigentliche Probe gestellt. Es gilt jetzt, neu zusammenzurücken, den Kopf klar zu behalten, und das so gut wie möglich zu tun, was unseren deutschen Interessen ebenso entspricht wie unserer Pflicht gegenüber unserem europäischen Kontinent.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Landesarchiv Berlin

Willy Brandt vor dem Brandenburger Tor, 10. November 1989

Interview mit Willy Brandt, gesendet im SFB-Mittagsecho (Hörfunk) vom 10. November 1989[1]

Anmoderation aus dem Studio:
Im Rathaus Schöneberg ist mittlerweile Willy Brandt eingetroffen. Ich ruf das Rathaus Schöneberg. Hallo?

Willy Brandt:
Dies war ein langer Weg, wir sind auch noch nicht am Ende des Weges. Und trotzdem ist es ein schöner Tag, weil sich bestätigt, dass die widernatürliche Trennung nicht Bestand hat. Sie haben recht, ich hab hier oft gestanden, vor allen Dingen am 16. August 1961, kann ich mich erinnern, da haben wir unsern Zorn, unsere Ohnmacht hinausgeschrien. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört. Das gilt für Europa im Ganzen. Die Winde der Veränderung, die über Europa ziehen, konnten nicht an Deutschland vorbeiziehen. Keiner von uns weiß in diesem Augenblick genau, wie die nächsten Etappen aussehen. Aber dies ist jedenfalls schon mal ein schöner Tag, an dem viele, die voneinander getrennt waren, ich denk' vor allem an die Familien, wieder zusammenkommen können.

Hocke oder Krieger:
Haben Sie das erwartet, Herr Brandt, dass es so schnell geht?

Willy Brandt:
Ich habe geschrieben im Sommer, und im Oktober lag es gedruckt vor, dass ich mit großen Veränderungen rechne, und ich habe im Juni geschrieben: Ich sehe den Tag voraus, an dem auf den Straßen nicht nur von Leipzig, sondern auch von anderen Städten nicht mehr Hunderte, sondern Hunderttausende auf den Beinen sein werden, um ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben. Trotzdem wäre es vermessen und über-

1 *Die ausführlichste Fassung des Interviews stammt vom SFB; nur hier wird auch erwähnt, dass es beim Eintreffen von Willy Brandt am oder im Rathaus Schöneberg geführt wurde. Jedoch wurden beim SFB die Namen der Interviewer nicht genannt; diese Information wurde in der Anmoderation in der etwas kürzeren Wiedergabe des Deutschlandfunks gegeben. Das Interview wurde am 10. November 1989 – unterschiedlich stark gekürzt – auch gesendet von: Deutschlandfunk; WDR, Hörfunk; Bayerischer Rundfunk, Hörfunk; SFB-Hörfunk: Rund um die Berolina.*

heblich, so zu tun, als ob irgendeiner von uns dies genau so vorausgesehen hätte, wie es sich jetzt vollzieht.

Hocke oder Krieger: *Ist es in diesem Augenblick schon Zeit, von einer Wiedervereinigung zu reden, das Stichwort überhaupt ins Spiel zu bringen?*
Willy Brandt:
Es wird nichts wieder so, wie es einmal war. Das gilt zunächst einmal für die Verhältnisse in der DDR. Dort wird nichts wieder so, wie es war. Was konkret aus dem Verhältnis zwischen den Teilen wird in der Zeit, die vor uns liegt, das hängt noch von einer Vielzahl von Faktoren ab, über die wir Deutschen nicht allein verfügen. Aber jedenfalls sind wir nah an einem Punkt, an dem man sagen kann: die Teile Deutschlands, die Menschen in, im gespaltenen Deutschland werden wieder zusammenkommen.[2]

Hocke oder Krieger:
Hat die SED begriffen, Herr Brandt, worum es geht, und wird sie eine Partei sein, die in der DDR Bestand hat?

Willy Brandt:
Das kann ich nicht beurteilen. Nach dem, was man jetzt ablesen kann, ist es ja deutlich, dass unter denen, die dort bisher die Führung hatten, auch unterschiedliche Meinungen vorhanden sind. Einige bewegen sich rascher als andere, andere haben vielleicht nicht mehr die Fähigkeit, sich zu bewegen. Und was immer die SED darstellt, sie wird sich drauf einstellen müssen, dass sie in der Zukunft eine Partei neben anderen sein wird, und dass die Menschen – mündige Menschen, die sie endlich sein wollen – darüber befinden, zu wem sie noch mehr Vertrauen haben als zu anderen.

Hocke oder Krieger:
Willy Brandt, Sie sind im Augenblick sehr bewegt, wie werden Sie diesen Tag heute hier noch weiter verbringen, werden Sie auf der Kundgebung hier in Berlin, am Rathaus Schöneberg, sprechen?

Willy Brandt:
Wenn ich dazu eingeladen werde, werde ich gerne was sagen.

2 *Die letzten drei Worte sprach Brandt mit tränenerstickter Stimme.*

Hocke oder Krieger:
Sie sind noch nicht eingeladen?

Willy Brandt:
Ich bin eingeladen zur Sitzung des Abgeordnetenhauses zu kommen.
3. Reporter:
Welche Bedeutung hat die Mauer noch heute, an diesem Tag?

Willy Brandt:
Also, wenn wir mal ein kleines Stück vorausschauen, dann sag ich schon jetzt, dann sag ich: Ich gebe den Rat, ein Stück davon stehen zu lassen, als Stück geschichtlicher Erinnerung, so wie ich damals der Meinung war, die Ruine der Gedächtniskirche sollte stehen bleiben, weil sie uns auch an etwas erinnert, was mit der Vergangenheit zu tun hatte.

Hocke oder Krieger:
Herr Brandt, noch ist drüben in der DDR keine Demokratie. Könnten Sie einen Weg drüben aufweisen, wie es zu einer Demokratie kommen könnte?

Willy Brandt:
Na ja, zunächst einmal haben die Menschen in diesen zurückliegenden Sommer- und Herbstwochen verlangt, dass sie wahrhaftig informiert werden. Da ist man ja dabei, da ist man auf dem Wege. Sie haben verlangt, dass sie sich frei zusammenschließen können. Das ist im Gange. Es führt kein Weg daran vorbei, dass es Pluralismus, also Meinungsvielfalt auch auf Parteien bezogen, geben muss, und dass dann durch freie Wahlen ermittelt wird, wer in Zukunft die Regierung stellen soll.

Abmoderation:
Willy Brandt im Rathaus Schöneberg.

Berliner Morgenpost, 11. November 1989, S. 1

Gespräch mit Willy Brandt: In der DDR wird nichts mehr so sein, wie es vor Jahren war

BM Berlin, 11. Nov.

Am Volkswillen in der DDR ist nach Ansicht des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, der zur Zeit des Mauerbaus 1961 Regierender Bürgermeister von Berlin war, nicht mehr vorbeizukommen, auch wenn die eigentliche Umgestaltung für freie Wahlen noch vor der DDR liege.

In einem Gespräch mit der Berliner Morgenpost sagte Brandt, auch wenn die Geschichte voll von Rückschlägen sei, in der DDR werde nichts mehr so sein, wie es eine Reihe von Jahren gewesen sei.

Mit dem heutigen Tag sei man nahe an einem Punkt, an dem die Menschen wieder zusammenkommen. Man befindet sich jetzt in einer Situation, in der „wieder zusammenwächst, was zusammen gehört. Das gilt für Europa im Ganzen", sagte Brandt.

Es habe sich jetzt bestätigt, daß die unnatürliche Trennung nicht von Bestand ist, meinte Brandt bewegt auf die Frage, was er an einem solchen Tag rückblickend auf die Tage des Mauerbaues empfinde. Er könne sich noch gut an den 16. August 1961 erinnern, wo man anläßlich des Mauerbaues vor dem Rathaus Schöneberg „Zorn und Ohnmacht herausgeschrien" habe. Nun sei es, etwas vorausgeschaut, vielleicht bald an der Zeit, daß man ein Stück Mauer stehenlassen sollte, so wie er als Regierender Bürgermeister sich für den Erhalt der Gedächtniskirchen-Ruine eingesetzt habe.

Brandt meinte weiter, niemand werde ernsthaft behaupten können, daß die Entwicklung in der DDR so vorhersehbar war, wie sie sich jetzt darstelle. Allerdings habe er bereits im Sommer gesagt, daß es große Veränderungen geben werde. Das habe zum einen das veränderte Verhältnis der Weltmächte zueinander und der, zwar widersprüchliche, Demokratisierungsprozeß in Osteuropa ermöglicht. Doch schon vor dem Sommer sei zu spüren gewesen, daß „die Menschen in der DDR ihre Geschichte selbst in die Hände nehmen". Das habe auch mit den Ergebnissen der Kommunalwahl vom Mai zu tun, sei nach dem Sommer dann aber verstärkt worden durch das Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen junge Leute in Ost-Berlin und anderswo.

Zur Rolle der SED meinte Brandt, es gebe in deren Führung unterschiedliche Meinungen. „Einige bewegen sich rascher als andere, einige haben nicht mehr die Fähigkeit, sich zu bewegen", sagte Brandt. Die SED müsse sich jedoch darauf einstellen, eine Partei unter mehreren zu sein. Es führe kein Weg daran vorbei, daß es Meinungsvielfalt geben müsse und durch freie Wahlen ermittelt werde, wer in Zukunft die Regierung stellen solle, sagte Willy Brandt zur Morgenpost. \ *Frank Langrock*

Andreas Schoelzel

Willy Brandt kehrt am Abend des 10. November 1989 von Gesprächen mit DDR-Oppositionellen in Ost-Berlin zurück

WDR-Hörfunk: Berichte von heute, 10. November 1989, ab 23. 30 Uhr[1]

Herwig Knips (Moderator im Studio):
Und nicht nur hier an der Bernauer Straße in Berlin feiern die Menschen, sind die Menschen von beiden Seiten auf die Mauer geklettert. Und in dieser Volksfeststimmung hat mein Kollege Gerd Rüdiger Willy Brandt am Grenzübergang Invalidenstraße nach seinen Eindrücken gefragt.

Gerd Rüdiger:
Sie kommen grad aus Ostberlin …

Willy Brandt:
Ja.

Gerd Rüdiger:
… wie haben Sie da heute diesen Tag erlebt?

Willy Brandt:
Ja, diesen Abend, nicht, denn ich war ja Nachmittags auf der Kundgebung und hab' jetzt erlebt, wie die ganze Stadt auf den Beinen ist. Nicht nur von Ost nach West, sondern auch von West zurück nach Ost, und ich finde, das ist ein schönes Erlebnis. Im andern Teil der Stadt hab ich mit Freunden gesprochen, über deren Erwartungen, Hoffnungen, was die weitere Entwicklung angeht. Und ich kann nur selbst hoffen, dass man sich nicht zuviel Zeit lässt bei den jetzt notwendigen Neuerungen, denn dann könnte die Geduld der Menschen auf eine zu harte Probe gestellt werden.

Gerd Rüdiger:
Und wie war die politische Atmosphäre?

Willy Brandt:
Sehr gefasst, sehr ernst, aber doch mit einem guten Schuss Hoffnung, dass die

1 *Quelle: WDR-Hörfunkarchiv.*

Veränderungen, die fällig sind, kommen, das heißt nicht nur Reisefreiheit, sondern die Vorbereitung für freie Wahlen und natürlich auch für eine grundlegende Verbesserung der ökonomischen Lage. Da setzt man darauf, dass der deutsche Westen mithilft – aber die Mithilfe hat nur dann einen Sinn, wenn das ökonomische System erneuert wird – und dass die Dinge zusammenpassen.

Gerd Rüdiger:
Für viele ist das auch eine Frage der Zeit. Glauben sie, dass das alles schnell gehen kann?

Willy Brandt:
Bisher ist es rascher gegangen, als es die meisten von uns erwartet hatten. Aber sie haben Recht, es kommt jetzt auf die nächsten Monate an, die politische Erneuerung durch Wahlen muss in den nächsten Monaten erfolgen. Der ökonomische, also der wirtschaftliche Umformungsprozess wird etwas mehr Zeit erfordern, aber auch damit muss man, so rasch es irgend geht und so zügig wie es geht, vorankommen.

Gerd Rüdiger:
Herr Brandt, ich glaube, dieser Tag durfte heute hier in Berlin nicht ohne Sie vergehen. Wie haben Sie selber jetzt, nachdem Sie diesen Tag hier in Berlin verbracht haben, ja wie drücken Sie ihre Gefühle aus, muss ich einfach mal fragen?

Willy Brandt:
Ich war zunächst einmal sehr froh, dass ich grad an diesem Tag dabei sein konnte. Es gibt bestimmte Dinge, die muss man selbst mit erlebt haben, die kann man sich nicht erzählen lassen, die kann man auch nicht rein durch das Nachlesen richtig in sich aufnehmen. Dies ist eine schöne Bestätigung bisherigen Bemühens, aber auch eine Aufforderung an uns alle, nun noch ne Menge zusätzlich zu tun, damit das wieder zusammengefügt wird, was zusammengehört.

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 ***Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis***
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 ***Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966***
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 ***Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik***
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 ***Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus***
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 ***Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969***
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 ***Carsten Tessmer (Hrsg.): Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen***
Berlin 1999, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 ***Einhart Lorenz (Hrsg.): Perspektiven aus den Exiljahren***
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 ***Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?***
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

■ WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der „Berliner Ausgabe" ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Bände sollen eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände wird eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte – durchaus auch mit kritischen Akzenten – in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände – in Hardcover mit Schutzumschlag – umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Im September 2000 sind erschienen:

Band 2 Zwei Vaterländer
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0302-6

Band 4 Auf dem Weg nach vorn
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, ISBN 3-8012-0304-2

Die Bände erhalten Sie über den Buchhandel oder, sollte keine Buchhandlung in Ihrer Nähe sein, direkt über:
Verlag J. H. W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 53129 Bonn
Tel.: 0228/238083, Fax: 0228/234104

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913 – 1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.
Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

■ BILDNACHWEIS

Titelfoto: Andreas Schoelzel
Wir danken der Berliner Morgenpost für die Erlaubnis zum Abdruck eines Artikels.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Garton Ash, Timothy –
Wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland und Europa zehn Jahre nach dem Fall der Mauer: Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin, 5. November 1999
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2001
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 8)
ISBN 3-933090-07-5

ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-07-5